

WELT / WIRTSCHAFT UND POLITIK

AUS DER REDAKTION

US-Konzerne im Schmelztiegel der Steuerdebatte

Abgabenvermeidung großer Konzerne bereitet Europa Kopfschmerzen

BRÜSSEL (NfA/AFP)--Die sechs größten US-Tech-Unternehmen, die sogenannten „Silicon Six“, haben in den vergangenen zehn Jahren weltweit 100 Mrd Dollar (etwa 90 Mrd Euro) an Steuern vermieden. Eine neue Digitalsteuer der französischen Regierung setzt hier an. Dies entfacht nun erneut den Zollstreit zwischen den USA und Europa.

Zu den Konzernen, die systematisch Steuern vermeiden, zählen Amazon, Facebook, Google, Netflix, Apple und Microsoft. Laut der britischen Initiative für Transparenz bei Steuern, Fair Tax Mark, haben die Unternehmen dabei aggressive Strategien angewendet.

„Steuervermeidung ist immer ungünstig, weil sie die Belastungskonzeption der Steuerpolitik durchbricht. Darunter leidet die Steuergerechtigkeit - wenn reiche Leute kaum noch Steuern zahlen. Ferner verzerrt das die Wirtschaftsstrukturen und belastet die wirtschaftliche Entwicklung, wenn nur aus steuerlichen Gründen Investitionen umgelenkt werden“, meint Stefan Bach, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, im Gespräch mit presstext.

Vor allem Amazon ist dem Report zufolge besonders aggressiv bei der Steuervermeidung. In den vergangenen zehn Jahren wurden 3,4 Mrd Dollar abgeführt, gegenüber Einnahmen von 960,5 Mrd Dollar und einem Profit von 26,8 Mrd Dollar. Amazon widerspricht dem Bericht. Man habe zwischen 2010 und 2018 eine effektive Steuerrate von 24% gehabt. Die Gewinnspanne sei relativ niedrig, was „natürlicherweise in niedrigeren Steuersätzen resultiert“. Fair Tax Mark zufolge ist aber die Buchhaltung von Amazon so kompliziert,

dass es unmöglich sei, genau festzustellen, wie viel das Unternehmen eigentlich zahlen müsste.

Derweil geht der Streit um die Digitalsteuer für Google, Amazon und andere Internetkonzerne in eine neue Runde: Die USA drohen Frankreich mit Strafzöllen, wenn das Land an der Abgabe festhält.

Der Steuersatz liegt bei 3% auf den in Frankreich erzielten Umsatz, unter anderem mit Online-Werbung und dem Verkauf von Kundendaten. Die Steuer zielt auf Unternehmen mit einem weltweiten Umsatz von mehr als 750 Mio Euro und mindestens 25 Mio Euro in Frankreich. Rund 30 Unternehmen sind von der französischen Steuer betroffen. Neben Google, Amazon, Facebook und Apple sind dies etwa die Versandhändler Rakuten und Alibaba aus Japan und China. Auch der Fahrdienstvermittler Uber oder die Ferienwohnungs-Plattform Airbnb gehören dazu. Als eines der wenigen französischen Unternehmen ist das Online-Marketing-Unternehmen Criteo betroffen.

Die im Juli vom französischen Parlament besiegelte Steuer soll in diesem Jahr rund 400 Mio Euro einbringen und rund 450 Mio im kommenden Jahr. Ab 2022 rechnet das Pariser Finanzministerium mit 650 Mio Euro jährlich.

Die US-Regierung droht Frankreich mit Strafzöllen von bis zu 100% auf Importe im Wert von 2,4 Mrd Dollar. Auf einer Liste des US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer stehen französische Käsesorten wie Roquefort sowie Joghurt, Schaumwein, Kosmetikprodukte und Handtaschen. Die Strafzölle könnten ab Mitte Januar fällig werden. Das französische Finanzministerium will sich dem US-Druck nicht beugen und hält an der Steuer fest. Ein Sprecher der EU-Kommission solidarisierte sich mit den französischen Behörden.



Fair Tax Mark zufolge ist Amazon bei Steuervermeidung besonders aggressiv

Handelsstreit spitzt sich zu

Die Chancen auf Besserung im Handelskonflikt zwischen den USA und China stehen vielleicht so schlecht wie nie. Obwohl in die Verhandlungen zuletzt Bewegung gekommen war, dürften sich die Fronten nun wegen des Konflikts um Hongkong verhärten. Die vergangene Woche vom US-Präsidenten Trump unterzeichneten „Hongkong-Gesetze“ lösten bei den Demonstranten vor Ort Jubel aus - Beijing hingegen reagierte scharf und kündigte Gegenmaßnahmen an. In dieser Woche konkretisierte sich diese Ankündigung. Zunächst gibt es zwei Maßnahmen: zum einen verbietet die chinesische Führung den Zugang US-amerikanischer Militärschiffe nach Hongkong. Zum anderen verhängt Beijing Sanktionen gegen die in Hongkong aktive NGO „Human Rights Watch“, der bei den dortigen Protesten eine wichtige Rolle zugeschrieben wird.

Schwerer als diese Maßnahmen dürften die Konsequenzen wiegen, die sich daraus für die Verhandlungen zur Überwindung des nunmehr seit 18 Monaten andauernden Handelsstreits zwischen den zwei größten Volkswirtschaften der Welt ergeben. Die Rivalität zwischen den USA und China, die sich an Handelsfragen entzündet hatte, geht durch den Konflikt um Hongkong in eine offen ausgetragene geopolitische Rivalität über. Es geht hierbei längst nicht mehr nur um Hongkong, sondern um einen Konflikt der Systeme. Eine erfolgreiche Woche wünscht
Ihre NfA-Redaktion

JAPAN

Ausländische Fachkräfte geschickt geködert

SEITE 4

VIETNAM

Logistiksektor im Aufbruch

SEITE 6

AFRIKA

Nahrungsmittel als Wachstumsbranche

SEITE 12

WELT

Große Hoffnung in Hybridjets

Flugzeuge können trotzdem ihren CO₂-Emissionen nicht davonfliegen / Von Jon Sindreu

NEW YORK (Dow Jones)--Es gibt keinen einfachen Ausweg aus der „Flugscham“. Die Warnungen der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg vor Flugreisen scheinen zu wirken, vor allem in Europa. In einer aktuellen Umfrage der Schweizer Großbank UBS gaben 21% der Befragten in den USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich an, dass sie in diesem Jahr weniger fliegen. Vielleicht noch wichtiger ist, dass die Gesetzgeber zuhören: Frankreich wird ab dem kommenden Jahr eine Steuer auf Flugtickets für Abflüge von einem französischen Flughafen erheben.

Die Fluggesellschaften suchen derweil nach Möglichkeiten, sauberer zu werden. Die britische Billigairline Easyjet kündigte an, den CO₂-Ausstoß ihrer Flugzeuge vollständig auszugleichen. Und die British-Airways-Mutter IAG teilte vor kurzem mit, sie sei auf gutem Weg, um 2050 klimaneutral zu werden.

Selbst in den USA, wo die Airlines im Rückstand sind, hat Delta Air Lines begonnen, Biokraftstoffe zu verwenden, um dem Ziel des Branchenverbandes IATA, die Emissionen bis 2050 gegenüber 2005 zu halbieren, näher zu kommen.

Aber es gibt einen Haken: Die Pläne der Branche können letztlich nur erfüllt werden, wenn Geld ausgegeben wird, um Emissionen an anderer Stelle auszugleichen. Damit lassen sich Regierungen oder Verbraucher wahrscheinlich nicht lange besänftigen.

Dabei verursacht die Luftfahrtindustrie nur 2,4% der weltweiten Emissionen aus fossilen Brennstoffen, wie der International Council on Clean Transportation schätzt, während im Straßenverkehr 16% erzeugt werden.

Im Gegensatz zur Automobilindustrie, in der die Kraftstoffeffizienz eine gesetzliche Anforderung, aber oft ein weniger wichtiges Anliegen der Verbraucher ist, müssen die Fluggesellschaften die Energiekosten

immer weiter reduzieren, um ihre Preise zu senken und mit anderen Airlines konkurrieren zu können. Die Flugzeuge von Boeing und Airbus sind nicht schneller als in den 1970er-Jahren, aber sie sind pro Passagier und Meile um 70% effizienter. Selbst Langstreckenflüge schlagen heute Autos, wie offizielle Daten zeigen.

Passagierzahlen wachsen zu schnell

Das Problem ist jedoch, dass sich die Zahl der Passagiere in den letzten Jahren vervielfacht hat - und sich bis 2037 nochmals verdoppeln wird, wie die IATA prognostiziert. Auch wenn jedes der Flugzeuge effizienter ist, hat die deutlich höhere Zahl an Flügen dazu geführt, dass die Emissionen aus Linienflügen zwischen 2013 und 2018 um 30% gestiegen sind. Für Autos ist es ein klares technologisches Finale in Sicht: Elektroautos. Eine realistische Alternative zu kraftstoffbetriebenen Jets liegt jedoch noch in ferner Zukunft.

Die Fluggesellschaften hoffen nach wie vor, dass Hybridjets eine Option bei der nächsten Generation von Flugzeugen sein werden, die für die 2030er-Jahre geplant ist. Boeing und Jetblue haben Geld in das Start-up Zunum Aero aus Kirkland im US-Bun-

desstaat Washington gesteckt, das bis 2030 einen 50-sitzigen Hybridjet bauen will. Airbus, Rolls-Royce und Siemens entwickeln den E-Fan X, ein ähnliches Flugzeug, das 2021 mit Testflügen beginnen könnte.

Aber das sind Projekte für Regionalflugzeuge: Selbst wenn sich die Energiedichte der Batterie kurzfristig vervierfacht - ein unwahrscheinliches Szenario -, wäre ein Hybridflugzeug nur für Flugstrecken von rund 3.700 km sinnvoll, wie die Schätzungen von Bernstein zeigen. Die in Entwicklung befindlichen Flugzeuge würden die Boeing 737 und den A320 von Airbus, die den Löwenanteil der heutigen Flotten ausmachen, nicht ersetzen.

Infolgedessen laufen die Bemühungen der verschiedenen Staaten zur Verbesserung des CO₂-Fußabdrucks des Luftverkehrs meist auf ein nicht grade überwältigendes Abkommen der Vereinten Nationen hinaus, das sie im vergangenen Jahr unterzeichnet haben, zunächst auf freiwilliger Basis. Ab 2021 werden die Unterzeichner die Fluggesellschaften verpflichten, die Emissionen auf internationalen Flügen über dem Niveau von 2020 durch den Kauf von CO₂-Kompensationen zu kompensieren.

Dies können grüne Projekte wie Wiederaufforstung oder Biokraftstoffe sein. Doch der Ausgleich wird zunehmend in Frage gestellt: Eine aktuelle Studie des Stockholmer Umweltinstituts ergab, dass drei Viertel der bis 2015 finanzierten Projekte ohnehin stattgefunden hätten. Die Projekte werden oft in Entwicklungsländern durchgeführt, wo es schwieriger ist zu sagen, ob die versprochene Kohlendioxid-Abscheidung tatsächlich erbracht wird.

IMPRESSUM

Nachrichten für Außenhandel

Märkte der Welt

Redaktion: +49 (0) 69 / 66 56 32 25

Internet: www.maerkte-weltweit.de

Abo-Service: Ann-Karin Heyer

+49 (0) 69 / 66 56 32 15

E-Mail: abo@maerkte-weltweit.de

Anzeigen: Dagmar Hummel

+49 (0) 69 / 66 56 32 20

dagmar.hummel@mbmmedien.de

Herausgeber und Verlag:

MBM GmbH, Rudolfstraße 22-24,

60327 Frankfurt am Main;

HRB 89510 Frankfurt

Geschäftsführer: Martin Brückner

Chefredaktion: Martin Brückner

martin.brueckner@maerkte-weltweit.de

Redaktion: redaktion@maerkte-weltweit.de

H. Jürgen Heinbuch

Jesko Neeb

Marian Pawelka

Tobias Breitwieser

Eva Murtzen

Grafiken: Muhammet Simsek

Bildernachweise: Shutterstock

Die NfA stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auch auf Dow Jones Newswires und weitere Nachrichtenagenturen, bei Charts und Kursen auch auf AID sowie auf Berichte der Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH. Inhalt nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr.

Alle Rechte vorbehalten. Es wird darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der Inhalte Urheberrecht besteht. Kopien, Nachdrucke, Weitergaben im Umlauf, Übersetzungen, Bearbeitungen, Auswertungen oder Vervielfältigungen bzw. Verbreitung oder Nutzung für Verbreitungen in allen Medien (gedruckt oder elektronisch) sind nur mit vorheriger Genehmigung durch MBM GmbH gestattet. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt!

DEUTSCHLAND

US-Firmen wollen weniger investieren

Zu komplexes Steuersystem und hohe Abgabenlast / Eine Analyse von KPMG

FRANKFURT (NfA)--US-Unternehmen in Deutschland beurteilen ihre wirtschaftliche Lage und die Zukunftsaussichten ambivalent. Das zeigt die neue KPMG-Umfrage „US-Business in Germany 2020“, für die 100 US-amerikanische Unternehmen in Deutschland befragt wurden. Demnach ist und bleibt Deutschland ein attraktiver Standort, die Investitionsbereitschaft der US-Unternehmen ist jedoch deutlich gedämpft.

Während 2017 noch rund die Hälfte (47%) angab, in den kommenden drei Jahren hierzulande 10 Mio Euro oder mehr investieren zu wollen, stellen dies jetzt nur noch 24% in Aussicht. Ein deutliches Signal - zumal 77% ihre aktuelle wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut einschätzen und fast ebenso viele - 73% - auch für die kommenden drei Jahre optimistisch sind.

Nachholbedarf bei der Ansiedlung von KI-Projekten

„Die Ergebnisse unserer Umfrage lassen aufhorchen. Deutschland darf sich aus Sicht der hierzulande aktiven US-Unternehmen nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen. Um für die für Deutschland wichtigsten Investoren attraktiv zu bleiben, müsste das komplexe deutsche Steuersystem vereinfacht und die Belastung für Unternehmen gesenkt werden. Außerdem müssten Neuansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen gerade im Bereich Künstlicher Intelligenz stärker gefördert werden“, sagt

Andreas Glunz, Bereichsvorstand International Business bei KPMG.

Jedes fünfte Unternehmen (21%) sieht die Attraktivität Deutschland in Bezug auf Steuern und Abgaben im EU-Vergleich auf einem der letzten fünf Plätze. Auch bei der Innovationsfähigkeit hat die Bundesrepublik nach Ansicht der hierzulande tätigen US-Unternehmen Luft nach oben. Dazu kommt: Nicht einmal jedes fünfte Unternehmen (17%) fühlt sich in Deutschland optimal dabei unterstützt, sich neu anzusiedeln oder verstärkt zu investieren. Zudem verliert Deutschland deutlich beim Standortfaktor Infrastruktur: Nur noch 60% bewerten diese in Deutschland als einer der besten fünf in der EU, und damit 12 Prozentpunkte weniger als noch 2017 (72%). „Damit Deutschland ein attraktiver Standort für ausländische Unternehmen bleibt, muss die Bundesrepublik in den Netzausbau für Mobilfunk und Strom ebenso wie den Ausbau

der Verkehrswege investieren“, sagt Warren Marine, USA Country Practice Leiter bei KPMG.

US-Firmen, die Investitionen in Deutschland planen, wollen diese vor allem in ihrem Kerngeschäft tätigen (70%). Jedes zweite Unternehmen beabsichtigt Investitionen in die Digitalisierung, und 35% wollen in Zukunftstechnologien investieren. „Dieser Bedarf zeigt, dass gut ausgebildete Fachkräfte rund um Digitalisierung und Technologisierung ein wesentlicher Standortfaktor für ausländische Unternehmen sind. Hier gibt es in Deutschland noch Luft nach oben“, erklärt Glunz, denn nur ein Viertel der US-Unternehmen sehen Deutschland aktuell bei den relevanten Fachkräften unter den Top 5 in der EU.



Der Zustand der Infrastruktur wird bemängelt

EUROPA

Zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit

FRANKFURT (NfA)--Ökologische Nachhaltigkeit geht auf Kosten des Wirtschaftswachstums - oder umgekehrt, so zumindest die traditionelle Sichtweise. Wenn sie sich zwischen beidem entscheiden müssten, würden Verbraucher laut einer repräsentativen ING-Umfrage in Deutschland und Europa mit deutlicher Mehrheit den Umweltschutz wählen. Die Studie zeigt aber auch, dass sich dies im Konsumverhalten der Verbraucher kaum widerspiegelt.

Nur rund ein Viertel der europäischen und ein Drittel der deutschen Verbraucher geben an, dass die Umweltbelastung bei der Herstellung eines Produkts bei der Kaufentscheidung unter den drei wichtigsten Kriterien ist. Wichtiger sind den Verbrauchern hingegen die Haltbarkeit und

der Preis des Produkts. Auch ein unkomplizierter Kaufvorgang kommt mit über 40% noch deutlich vor dem ökologischen Gewissen. Keinen großen Wert legen Verbraucher hingegen darauf, stets das neueste Modell zu kaufen - dabei könnte sich das beispielsweise in Sachen Energieeffizienz positiv in der Umweltbilanz auswirken.

In der Regel sind es vor allem jüngere Menschen, die sich für Nachhaltigkeit und ökologische Belange einsetzen. Als Grund dafür gilt, dass die jüngere Generation tendenziell noch ein längeres Leben vor sich hat und daher besonders an einer lebenswerten Zukunft interessiert ist. Die Studie zeigt diesmal allerdings ein umgekehrtes Altersgefälle auf. Entgegen dem allgemeinen Trend liegen die Zustimmungsraten

für einen Vorrang des Umweltschutzes bei älteren Umfrageteilnehmern höher und für einen Vorrang der Wirtschaft niedriger als bei den jüngeren Befragten.

ASIA BRIDGE

Das führende deutschsprachige Asien-Wirtschaftsmagazin

Monatlich Informationen über Märkte und Branchen, Berichte über Aktivitäten von Wettbewerbern und Branchen sowie praktische Tipps und Kontaktadressen

Bestellen Sie Ihr Ansichtsexemplar:
Tel.: +49 (0) 69/66 56 32 - 15 oder
www.maerkte-weltweit.de

JAPAN

Ausländische Fachkräfte willkommen

Ein Gastbeitrag von Anne-Katrin Schwanitz

HAMBURG (NfA)--Durch eine Reihe verschiedener Visa-Programme erleichtert Japan Ausländern den Zugang zum Arbeitsmarkt. Deutsche Expats sollten das Sozialversicherungs- sowie das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen den Ländern beachten.

Japan hat ähnlich wie Deutschland mit einem eklatanten Personalmangel zu kämpfen. So kommen derzeit auf 161 offene Stellen nur 100 Jobsuchende - und das, obwohl sich die Zahl der Erwerbskräfte in den vergangenen Jahren um 1,3 Mio erhöht hat. Derweil nahm die Zahl ausländischer Arbeitnehmer zwischen 2017 und 2018 um 18% auf 1,5 Mio Menschen zu. Den Fachkräftemangel bekommen auch deutsche und andere ausländische in Japan ansässige Unternehmen zu spüren. Wer einheimisches Personal rekrutieren will, muss deutlich gestiegene Erwartungen erfüllen und sich attraktiver denn je präsentieren.

Japans Regierung hat aber einige Maßnahmen ergriffen, um die angespannte Lage auf dem Personalmarkt zu verbessern. So hat Tokyo zum 1. April ein Gesetz erlassen, das die Arbeitsbedingungen verbessern soll, beispielsweise durch eine Kappung der maximal zulässigen Wochenarbeitsstunden auf 45 pro Woche und durch eine Erhöhung der gesetzlichen Urlaubstage. Dasselbe Gesetz bringt auch gewisse Erleichterungen im Aufenthaltsrecht mit sich. Insbesondere wird es ausländischen Arbeitskräften in bestimmten Berufen - etwa in der Krankenpflege und der Agrarwirtschaft („blue collar worker“) - ermöglicht, eine permanente Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Für höherqualifizierte Expats, die ebenfalls hochwillkommen sind in Japan, existieren verschiedene Visa, die einen beruflichen Aufenthalt vereinfachen.

Arbeitsmarktzugang für Ausländer vereinfacht

Bereits 2015 hat das Land die Gesellschaftsgründung für ausländische Firmen vereinfacht. So ist seitdem kein „representative director“ (eine Art Geschäftsführer) mit Wohnsitz in Japan mehr notwendig. Dies hatte in der Vergangenheit hohe Personalkosten verursacht und den zeitlichen Aufwand bei der Gesellschaftsgründung erhöht.

Im Rahmen des Visa-Waiver-Programms können Firmen für bis zu 180 Tage Mitarbeiter visafrei für Montagetätigkeiten entsenden. Voraussetzung dafür ist, dass kein

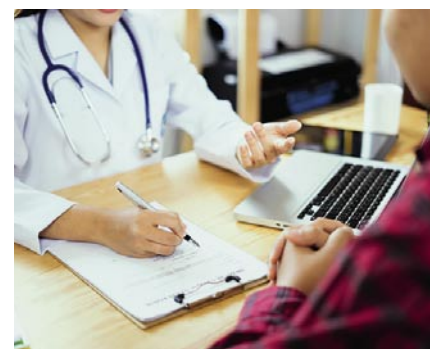
unmittelbarer Arbeitsvertrag zwischen dem Monteur und der japanischen Firma besteht und diese auch sonst keine Zahlungen an die Montagearbeitskraft vornimmt. Dann reicht es, bei der Einreise den entsprechenden Aufenthaltzweck anzugeben.

Visa für längere und höher qualifizierte Aufenthalte von Arbeitnehmern gibt es in verschiedenen Kategorien, zum Beispiel Visa für Investoren, Manager, Berater und Ingenieure sowie für Spezialisten im Bereich humanitäre und internationale Dienstleistungen. Auch Intracompany-Transfer-Visa können erteilt werden, die den weitgehend unkomplizierten Austausch von Fachkräften zwischen einer Mutter- und Tochtergesellschaft im Ausland ermöglichen. Die damit verbundene Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung wird für eine Dauer von einem oder drei Jahren gestattet. Allerdings wird das Arbeitsvisum grundsätzlich erst nach einer positiv bescheinigten Eignungsbestätigung („certificate of eligibility“) ausgestellt. Diese muss vom entsendenden Arbeitgeber beantragt werden. Ebenfalls wichtig: Expats, die sich länger als 90 Tage in Japan aufhalten, müssen sich bei der örtlichen Kommunalverwaltung registrieren lassen.

Sozialversicherungsabkommen vorhanden

Zwischen Deutschland und Japan besteht ein Sozialversicherungsabkommen, das allerdings nur die Zweige der Arbeitslosen- und Rentenversicherung umfasst. Das bedeutet: Ein Verbleib in der deutschen Arbeitslosen- und Rentenversicherung ist grundsätzlich möglich, allerdings nur, wenn ein Mitarbeiter die entsendenden Voraussetzungen erfüllt. Laut Artikel 4 des Abkommens besteht der Grundsatz, dass ausländische Arbeitnehmer in Sachen Sozialversicherungsschutz genauso behandelt werden wie inländische. Das bedeutet aber auch, dass sie in Japan unter den gleichen Bedingungen eine Sozialversicherungspflicht auslösen und entsprechende Beiträge zahlen müssen. Auf Grundlage des Abkommens kann jedoch neben eines möglichen Verbleibs in der deutschen Renten- und Arbeitslosenversicherung auch in diesen

Zweigen eine Befreiung von einer Sozialversicherungspflicht und einer damit verbundenen Beitragszahlung in Japan erreicht werden. In den nicht vom Abkommen erfassten Zweigen unterliegen die entsandten Mitarbeiter hingegen einer Sozialversicherungspflicht. Für Arbeitgeber liegen die zu entrichtenden Sozialversicherungsbeiträge derzeit bei rund 14% - es ist allerdings davon auszugehen, dass diese steigen werden. Die Beiträge für die Rentenversicherung werden jährlich um 0,354 Prozentpunkte angepasst. Anpassungen gibt es auch bei der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung.



Deutsche sollten zusätzlich eine Auslandsversicherung abschließen

Beim Krankenversicherungssystem gibt es im Vergleich zum deutschen signifikante Unterschiede: Beispielsweise existiert in Japan keine Trennung zwischen privaten und gesetzlichen Anbietern. Grundsätzlich hat jeder japanische Bürger und auch Ausländer, der seit mindestens einem Jahr in Japan lebt, Anspruch auf das Nationale Gesundheitssystem - eine Art Bürgerversicherung. Diese ist wiederum in drei wesentliche Sektoren unterteilt: Die gesetzliche Krankenversicherung für Angestellte und Arbeitnehmer von kleinen und mittelständischen Unternehmen mit rund 35 Mio Versicherten, eine nationale Krankenversicherung für Angestellte von Großunternehmen, Beamte, Selbstständige, Landwirte sowie Rentner und atypisch Beschäftigte mit etwa 39 Mio Versicherten sowie ein medizinisches Versorgungssystem für Personen ab einem Alter von 75 Jahren (14 Mio Versicherte). Es gibt 3.000 Krankenkassen, denen die Japaner zugeordnet werden, da es keine Wahlmöglichkeit gibt. Die Zuordnung richtet sich in erster Linie nach dem Beschäftigungsverhältnis und in zweiter Linie nach dem Wohnort. ▶▶

►► Aufgrund dieser Einteilung kennt Japan auch keinen Wettbewerb um Mitglieder zwischen den einzelnen Kassen- und Versorgungssystemen. Ohnehin gilt Konkurrenzstreben im Gesundheitswesen in Japan als unsozial. Allerdings leisten, ähnlich wie auch in Deutschland, die Betriebskrankenkassen ein großes Engagement bei der Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz - insbesondere, um die Zahl der stark steigenden psychischen Erkrankungen einzudämmen.

Obligatorische Krankenversicherung

Die Mitgliedschaft im NHI ist für alle Menschen - auch für Ausländer, die länger als ein Jahr in Japan leben - verpflichtend. Wichtig: Das sogenannte Familienoberhaupt ist dafür verantwortlich, dass alle Familienmitglieder bei der örtlichen Behörde beim NHI registriert werden und auch ihre Beiträge pünktlich zahlen. Jedes Mitglied bekommt seine eigene Versicherungskarte. Bei Zahlungsverzug drohen hohe Strafen beziehungsweise der Rauswurf aus dem Gesundheitssystem. Nach jedem Umzug oder Statuswechsel (zum Beispiel

Arbeitgeberwechsel, Geburt eines Kindes oder Arbeitslosigkeit) muss eine neue Gesundheitskarte beantragt werden.

Eine weitere Besonderheit: Patienten müssen grundsätzlich einen Teil der Arzt- und Krankenhauskosten selbst zahlen. So sind dies bei Angestellten 30%, bei Kindern 20%, bei Versicherten im Alter von 70 bis 74 Jahren ebenfalls 20% und bei Menschen ab 75 Jahren 10%. Expats und ausländische Privatpersonen sollten deshalb eine private Auslands- oder Restkostenversicherung abschließen, die für den Eigenanteil der Gesundheitskosten aufkommt.

Zwischen Japan und Deutschland gibt es ein 2016 in Kraft getretenes Doppelbesteuerungsabkommen (DBA). Dieses bezieht sich sowohl auf Firmen als auch auf Arbeitnehmer. Entsandte, die sich über längere Zeiträume sowohl in Japan als auch in Deutschland aufhalten und beispielsweise in beiden Staaten eine Wohnung gemietet oder Wohneigentum haben oder ihren Beruf in Japan und Deutschland ausüben, stehen regelmäßig vor der Frage, wo sie steuerlich ansässig sind. Die nationalen Steuergesetze nehmen unter Umständen an, dass ein Steuerpflichtiger

sowohl in dem einen als auch dem anderen Staat ansässig ist. Das DBA legt fest, dass für in Japan angestellte Deutsche keine Einkommenssteuerpflicht besteht, wenn sie sich nicht länger als 183 Tage pro Kalenderjahr in Japan aufhalten, sie im Auftrag eines deutschen Unternehmens im Ausland tätig und in diesem Zusammenhang bezahlt werden und ihre Vergütung nicht im Zusammenhang mit einer Betriebsstätte in Japan steht. Sobald die Vergütung von einer im Ausland bestehenden Tochtergesellschaft oder Betriebsstätte getragen wird - sie muss nicht zwangsläufig ausgezahlt werden und eine Weiterbelastung der Gehaltskosten genügt -, findet die 183-Tage-Regelung keine Anwendung mehr. Das wird sehr häufig verkannt.

ZUR PERSON:

Anne-Katrin Schwanitz ist Pressesprecherin bei der auf Global-Mobility-Services und Auslandsversicherungen spezialisierten BDAE Gruppe. Kontakt: akschwanitz@bdae.com

SERBIEN

Neue Datenschutzvorschriften

BELGRAD (NfA)--In Serbien finden neue Datenschutzvorschriften Anwendung. Das neue serbische Gesetz (<https://bit.ly/2XqU5ao>) ersetzt die alte Fassung aus dem Jahr 2009, dessen Vorschriften schon länger als nicht mehr zeitgemäß galten. Mit der teilweise wortgleichen Übernahme von DSGVO-Vorschriften in das neue Datenschutzgesetz findet nunmehr eine Angleichung des nationalen Rechts des EU-Beitrittskandidaten Serbien mit europäischen Normen statt.

Der Anwendungsbereich des neuen Datenschutzgesetzes umfasst nicht nur die Datenerhebung in Serbien, sondern auch außerhalb des Landes, sofern die Daten im Rahmen von Warenverkäufen oder von Dienstleistungserbringung nach Serbien erfasst werden.

Das insgesamt 102 Artikel umfassende neue Datenschutzgesetz beinhaltet unter anderem Regelungen zur Zustimmung und zum Auskunftsrecht hinsichtlich der erhobenen Daten. Die früher bestehende Verpflichtung zur Registrierung aller Datenbanken bei der Datenschutzbehörde ist weggefallen. Ferner sind neue Vorschriften zur Datenübermittlung ins Aus-

land zu beachten. Die Videoüberwachung fällt nicht in den Anwendungsbereich des neuen Gesetzes.

Der Verantwortliche und der Auftragsverarbeiter müssen eine(n) Datenschutzbeauftragte(n) benennen, wenn die Verarbeitung von einer Behörde oder öffentlichen Stelle durchgeführt wird, die Kerntätigkeit des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters in der Durchführung von Verarbeitungsvorgängen besteht, welche aufgrund ihrer Art, ihres Umfangs und/oder ihrer Zwecke eine umfangreiche regelmäßige und systematische Überwachung von betroffenen Personen erforderlich machen. Allen anderen Akteuren steht es frei, freiwillig eine(n) Datenschutzbeauftragte(n) zu ernennen. Der/die Datenschutzbeauftragte kann Beschäftigte(r) des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters sein oder seine Aufgaben auf der Grundlage eines Dienstleistungsvertrags erfüllen.

Die zuständige Datenschutzbehörde bleibt der Commissioner for Information of Public Importance and Personal Data Protection. Der aktuelle EU-Bericht zu Serbien stellt fest, dass die Behörde zusätzliches Personal und Finanzierung benötigt.

Trotz der weitreichenden Harmonisierung mit DSGVO-Normen gibt es auch einige Unterschiede. So wurden die 173 Erwägungsgründe der DSGVO nicht in das serbische Datenschutzgesetz übernommen. Nach Meinung von Experten könnte dies die Auslegung einzelner Vorschriften erschweren.

Ferner sieht das serbische Datenschutzgesetz im Vergleich zur DSGVO geringere Geldbußen vor. Während gemäß Art. 83 DSGVO Geldbußen in Höhe von bis zu 20 Mio Euro oder bis zu 4% des weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs möglich sind, droht bei Verstoß gegen Datenschutzbestimmungen in Serbien eine Geldbuße in Höhe von 55.000 bis zu 2.150.000 Serbische Dinar. Dies entspricht etwa 460 bis 18.000 Euro. Daneben kann die serbische Datenschutzbehörde Verwarnungen aussprechen, die Korrektur und Löschung von Daten anordnen und Geldstrafen in Höhe von bis zu 850 Euro verhängen. Sofern solche Anordnungen nicht befolgt werden, wären Geldbußen in Höhe von bis zu 10% des in Serbien erzielten Jahresertrages möglich.

VIETNAM

Viel Potenzial, große Herausforderungen

Heimische Firmen sind wenig konkurrenzfähig / Von Frauke Schmitz-Bauerdick

HANOI (NfA/GTAI)--Vietnams Logistik entwickelt sich dynamisch. Eine wachsende herstellende Industrie, ein lebhafter Außenhandel, der Aufbau eines modernen Einzelhandels sowie der rasant expandierende E-Commerce-Sektor steigern die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen nationalen und internationalen Logistiklösungen.

Das logistische Umfeld ist zwar nach wie vor schwierig, verbessert sich aber. Insbesondere der Ausbau von Schnellstraßen und Flughäfen führte dazu, dass sich Vietnam beim Logistics Performance Report der Weltbank 2018 um 29 Plätze von Rang 63 auf Rang 39 vorarbeiten konnte.

Die Regierung hat weitreichende Pläne für den Logistikbereich. Bis 2025 soll der Sektor zwischen 8 und 10% des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaften, 2018 lag der Anteil lediglich bei 4 bis 5%. Sie fordert Kompetenzsteigerungen bei Third Party Logistics und 4PL-Leistungen sowie die stärkere Integration von Digitalisierung und Industrie 4.0.

Noch steht die Branche vor Herausforderungen. Im internationalen Vergleich gelten die Kosten als hoch, zwischen 16 bis 17% des BIP veranschlagt die Vietnam Logistics Association (VLA). Die trotz Verbesserungen nach wie vor ausbaubedürftige Verkehrsinfrastruktur erschwert den inländischen und internationalen Transport.

Der Straßentransport bleibt mühsam

Der Straßentransport ist wichtigstes Transportmittel, rund 56% des gesamten Inlandsfrachtverkehrs lief 2018 über die Straße. Der Lkw-Transport profitiert vom fortlaufenden Ausbau neuer, zumeist kostenpflichtiger Schnellstraßen. Außerhalb der neuen Wege ist der Transport allerdings noch mühsam, so muss für 40 Straßenkilometer mindestens eine Stunde Fahrzeit eingerechnet werden.

Die Bahn hingegen ist aus Transportsicht unbedeutend. Der eigentlich dringend erforderliche Ausbau des Eisenbahnnetzes, vor allem der Nord-Süd-Trasse zwischen Hanoi und Ho-Chi-Minh-City (HCMC), kommt nur sehr langsam voran.

Im internationalen Transport dominiert die Seefracht. Vietnam verfügt mit Cai Mep im Süden des Landes und Lach Huyen in nordvietnamesischen Haiphong über zwei Tiefseehäfen, die auch auf die direkte Verschiffung mit den USA und

Europa ausgelegt sind. Wichtigster Hafenumschlagplatz ist bislang allerdings der Stadthafen Cat Lai in HCMC. Über Cat Lai werden, so die VLA, 80% der landesweit anfallenden Seefracht abgewickelt. Allerdings ist sowohl der Hafen selbst als auch seine Zugangsstraßen mittlerweile völlig überlastet.

Luftfracht ist zwar vom Gesamttransportvolumen von geringerer Bedeutung, profitiert aber vom Flughafenusbau des

Transportweg	Transportleistung (in Mio Tonnen-kilometer)	Anteil
Schiene	4.025	1,5%
Straße	70.567	25,6%
Wasser - Inland	51.529	18,7%
Wasser - und Seetransport	148.025	53,8%
Luft	1069	0,4%

* Vorläufig / Quelle: General Statistics Office; Berechnung GTAI

Landes und der ausländisch investierten Elektronikindustrie. Diese nutzt den Lufttransport für die Verschiffung von kleinen hochpreisigen Produkte für internationale Märkte, wie zum Beispiel Smartphones.

Zentrales und wichtigstes Logistikzentrum des Landes ist mit Abstand HCMC. Knapp 54% aller Unternehmen operieren von hier aus und der wichtigste Hafen Cat Lai liegt in der Stadt. Zudem befinden sich 70% aller Lagerkapazitäten in der südlichen Wirtschaftsmetropole oder den umgebenden Industriezonen.

Daneben gewinnt die Achse Hanoi-Haiphong an Bedeutung. In den nördlich

Hanoi gelegenen Industriegebieten siedeln sich neben der Elektronikindustrie zunehmend ausländische exportorientierte Unternehmen an.

Branchenvertreter sehen im Ausbau von modernen Zentren großes Potenzial. Bei Aufbau und Betrieb hochwertiger Umschlaglager dürften angesichts des noch wenig vorhandenen lokalen Know-hows auch ausländische Technologien und Dienstleistungen, insbesondere für die Bereitstellung von Logistikmanagement und technischen Lagerkomponenten benötigt werden.

Deutsche Unternehmen sind gut aufgestellt

Der Logistiksektor wird von ausländischen Anbietern dominiert. Zwar stellen diese nur geschätzt 20% der rund 4.000 Branchenunternehmen, erbringen aber zwischen 75 und 80% der Leistungen, so Schätzungen der Vietcom Bank Securities. Komplexe Dienstleistungen wie Just in time oder Supply Chain Management, wie sie insbesondere der Industriesektor in den Wirtschaftszentren HCMC und Hanoi benötigt, werden weitestgehend durch ausländische Unternehmen erbracht.

Die lokale Logistikstruktur hingegen befindet sich noch im Aufbau. Eine Vielzahl der heimischen Firmen sind klein, auf den lokalen Markt fokussiert und wenig konkurrenzfähig. Jedoch gibt es auch auf lokaler Ebene mittlerweile international und modern aufgestellte Unternehmen, die sowohl über die entsprechende Ausstattung als auch das erforderliche Know-how verfügen, komplexe Mehrphasen- und multimodale Logistikleistungen zu erbringen oder zu koordinieren. Hierzu zählen neben dem wichtigsten vietnamesischen Logistikunternehmen Gemadept auch Transimex sowie die Staatsunternehmen Vinatrans und VNPT. Deutsche Konzerne sind stark in Vietnam vertreten. Die Mitgliederwebseite der German Business Association in Vietnam listet 17 deutsche Firmen auf, die in den Branchen Logistik, Transport und Lagerhaltung tätig sind.

AUSSCHREIBUNG:
 Vietnam: Bau, Universitätsinfrastruktur (Hanoi)
<https://bit.ly/2OJRN2p>

POLEN

Nachholbedarf auf der Schiene

Verbindungen in die Nachbarländer sollen schneller werden

BASEL (NFA)--Der polnische Eisenbahnsektor ist in Bewegung. Von der Europäischen Investitionsbank (EIB) fließt Geld ins Land, mit dem PKP neues Rollmaterial beschaffen und die Infrastruktur verbessern will, wie Marco Wölfli im „International Transport Journal“ berichtet. Im Güterverkehr implementiert PKP Cargo eine in Polen entwickelte Technologie, um den Spurwechsel an der Ostgrenze schneller zu bewerkstelligen.

Die EIB unterstützt das Investitionsprogramm des polnischen Bahnbetreibers PKP mit einem Kredit in der Höhe von rund 233 Mio Euro. Ziel des Programms ist es, einerseits Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, andererseits die Qualität des polnischen Eisenbahnnetzes grundsätzlich zu verbessern. Die Investitionen fließen in den Personen- wie auch in den Güterverkehr.

So plant PKP Intercity neues Rollmaterial zu kaufen, um die Verbindungen in die Nachbarländer Slowakei, Tschechien, Deutschland, sowie nach Ungarn und Österreich zu verbessern. Für Vazil Hudak, Vizepräsident der EIB, ist der Kredit die richtige Maßnahme, um das polnische Schienennetz an westeuropäische Standards anzugleichen: „Polen verfügt heute bereits über ein modernes Straßennetz und will nun auf der Schiene ähnliches erreichen. Die EIB unterstützt diese Strategie, da sie die Qualität verbessert und der Umwelt nützt.“

Neben neuem Rollmaterial sind auch umfassende Investitionen in die Schienenin-

frastruktur vorgesehen. Ein Großauftrag in diesem Bereich wurde Mitte September an das österreichische Bauunternehmen Porr vergeben. Zusammen mit dem polnischen Partner Trakcja System modernisiert Porr einen 71 km langen Abschnitt zwischen Kalina und Rusiec Łódzki. Die Strecke ist insbesondere für den Güterverkehr von Bedeutung, da sie die Industrieregion Oberschlesien mit den Ostseehäfen Danzig und Gdynia verbindet. Der Bauauftrag umfasst ein Volumen von 290 Mio Euro und soll bis Mai 2023 abgeschlossen sein.

Auch PKP Cargo, die Güterverkehrssparte der polnischen Eisenbahn, arbeitet an der kontinuierlichen Verbesserung des eigenen Angebots. Dazu gehört auch die Reduzierung von Wartezeiten von Güterzügen an der Grenze. Bei den grenzüberschreitenden Verkehren nach Litauen, Weißrussland und in die Ukraine ist ein Spurwechsel von der europäischen Regelspur auf die russische Normalspur nötig. Diese Umstellung ist zeitintensiv, und aufgrund den steigenden Volumina auf dem

eurasischen Schienenverkehr will PKP Cargo die Situation verbessern.

Ein Lösungsansatz heißt Polsuw, ein System, das von Ingenieuren der Technischen Universität Warschau, Posen und des Eisenbahninstituts Warschau entwickelt wurde. Mit der weiterentwickelten Technologie lassen sich die Drehgestel-



Der Spurwechsel an der Ostgrenze wird beschleunigt

le eines Güterzuges rasch verändern, um den Spurwechsel zu vollziehen. PKP Cargo hat nun das Patent von Polsuw gekauft, will es in der eigenen Flotte implementieren und möglicherweise als Lizenz an andere Eisenbahnunternehmen verkaufen. „In der Logistik ist Zeit viel Wert. Polsuw hilft den Spediteuren Zeit zu gewinnen“, sagte der stellvertretende Infrastrukturminister Andrzej Bittel.

BOSNIEN-HERZEGOWINA

Lücken schließen im paneuropäischen Korridor

BASEL (NFA)--Der erste Spatenstich für den neuen Autobahnabschnitt des europäischen Verkehrskorridors zwischen Johovac und Rudanka bei Doboj zwischen Bosnien und Herzegowina wird mit Hilfe der EU erfolgen, wie Christian Doepgen im „International Transport Journal“ schreibt.

Dass die Lage in Bosnien-Herzegowina weitaus besser ist als ihr Ruf, belegt unter anderem die Entscheidung ausländischer Investoren, im Land Verkehrsprojekte umzusetzen. Die Nettozuflüsse ausländischer Direktinvestitionen betragen 2018 umgerechnet 400 Mio Euro, berichtete kürzlich die bosnisch-herzegowinische Zentralbank. Das Ergebnis des Vorjahres wurde damit um 2,8% übertroffen. Attraktiv sind Vorhaben zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur deswegen, weil sie zusätzlich von der EU gefördert werden.

Der Bau der Autobahnkreuze Johovac und Rudanka sowie eines anliegenden 6,1 km langen Autobahnabschnitts ist eines der Hauptanliegen der Verkehrspolitik nicht nur in Sarajewo, sondern auch in Brüssel. Die Straßenführung liegt im Verlauf des paneuropäischen Korridors, der wichtigsten internationalen Route durch Bosnien-Herzegowina.

Der neue Autobahnabschnitt schließt an die Autobahn Banja Luka-Doboj an und ergänzt andere derzeitige und geplante Investitionen im nördlichen und südlichen Teil des Korridors Vc in Bosnien und Herzegowina. Die neue Autobahn wird den Verkehrsfluss verbessern, der derzeit auf dem

Weg durch die Stadt Doboj und die umliegenden Dörfer gehemmt wird. Eine Finanzhilfe der Europäischen Union in Höhe von 15 Mio Euro wurde im August unterzeichnet und ergänzt ein Darlehen der EBWE in Höhe von bis zu 70 Mio. Der Sonderbeauftragte der EU in Bosnien und Herzegowina, Botschafter Lars-Gunnar Wigemark, erklärte: „Diese Finanzhilfe in Höhe von 15 Mio Euro ist eines von elf Projekten, die von der EU in Bosnien-Herzegowina im Rahmen der Konnektivitätsagenda finanziert wurden.“ Bisher wurde für die Verkehrsinfrastruktur des Landes insgesamt 217 Mio Euro bewilligt. Die Fertigstellung des gesamten Korridors wird für das Jahr 2030 erwartet. Die Gesamtkosten werden auf rund 4 Mrd Euro geschätzt.

DEUTSCHLAND

Banken riskieren abgehängt zu werden

Gerade im Kreditgeschäft hapert es an modernen, digitalen Prozessen

DÜSSELDORF (NfA)--PwC hat mehr als 40 der größten Banken in der DACH-Region befragt, wie weit sie ihr Kreditgeschäft industrialisiert haben. Ergebnis: Die Branche kommt gerade mal auf einen Durchschnittswert von 40%. Frappierend ist dabei die Diskrepanz zwischen den besten Banken und den schlechtesten. Das heißt: Gängige Verfahren wie die „digitale Antragsstrecke“ oder „Robotic Process Automation“ werden vielerorts noch gar nicht eingesetzt. PwC-Experte Rederer: „Im aktuellen Zinsumfeld sind Prozesskosten Wettbewerbsfaktor Nummer eins - und viele Banken verlieren den Anschluss.“

Viele hiesige Banken agieren in ihrem wichtigsten Geschäftsfeld, dem Kreditgeschäft, nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Dabei zeigt sich: Im Retail-Segment erreichten die Institute gerade mal einen durchschnittlichen Industrialisierungsgrad von 48%. Im Firmenkundenbereich waren es sogar nur 31%.

Große Schere bei Industrialisierungsgrad

„Die Industrialisierung des Kreditgeschäfts ist heutzutage ein entscheidender Erfolgsfaktor für praktisch jede Bank. Das gilt umso mehr, als die Zinsen auf Jahre hinaus niedrig bleiben werden - die Margen also dauerhaft unter Druck stehen und die Kosten damit der entscheidende Faktor werden“, sagt Tomas Rederer, Partner „Digital Operations“ im Bereich Financial Services Consulting bei PwC. Vor diesem Hintergrund sei gerade die enorme Spreizung zwischen den Banken frappierend: „Im Privatkundengeschäft kam das beste untersuchte Institut auf einen Industrialisierungsgrad von 87%, was ganz hervorragend ist. Dagegen erreichten viele andere Banken gerade mal Werte zwischen 10 und 30%, bei einer waren es sogar nur

11%. Im Firmenkundengeschäft ist die Spreizung ähnlich.“, so Rederer. „Ob solche Institute dauerhaft am Markt bestehen können, muss ernsthaft befürchtet werden.“

Konkret befragte PwC die Banken nach rund 80 Hebeln, anhand derer sich der Stand der Industrialisierung im Firmen- und Privatkundengeschäft quantifizieren lässt. Dazu zählen Tools wie die „Elektronische Kreditakte“ oder die „digitale Antragsstrecke“ ebenso wie neue Technologien (Beispiel: „Robotic Process Automation“) oder die sogenannte „XS2A“-Schnittstelle für den automatisierten Zugriff auf Kundenkonten bei anderen Banken. Somit hätte eine Bank bei 100% alle möglichen Hebel vollständig umgesetzt. Dies ist jedoch selten sinnvoll. Nicht jeder Hebel passt zu jedem Geschäftsmodell oder ist im Einzelfall ökonomisch vorteilhaft. Daher ist der Zielkorridor niedriger.

Um festzustellen, auf welche Industrialisierungsfelder sich die Branche besonders fokussiert, ordnete PwC die rund 80 Hebel überdies vier Kategorien zu. Nämlich 1. Automatisierung (Robotics oder künstliche Intelligenz), 2. Organisation (Arbeitsteilung oder Spezialisierung),

3. Standardisierung (Prozess-Straßen) und 4. Steuerung & Controlling (Auslastungsoptimierung). Dabei kam heraus: In den beiden zurückliegenden Jahren haben sich die Banken in der DACH-Region vor allem auf die „Standardisierung“ konzentriert (84% Retail, 71% Firmenkunden). Dagegen steht in den kommenden beiden Jahren das Thema „Automatisierung“ im Fokus (96% Retail, 89% Firmenkunden), gefolgt von Steuerung & Controlling (80% Retail, 71% Firmenkunden).

„Zeitalter der Kreditmanufakturen ist definitiv vorbei“

„Die vielleicht wichtigste Erkenntnis der Studie ist, dass es im Kreditgeschäft nicht nur um Digitalisierung geht - sondern dass die Banken die Herausforderungen, die vor ihnen liegen, viel umfassender angehen müssen“, sagt PwC-Experte Rederer. „Die industrielle Logik, wie wir sie zum Beispiel aus der Automobilindustrie kennen, erfasst momentan auch das Kreditgewerbe. Leider gibt es hierzulande zu viele Banken, die auf diese Entwicklung unzureichend eingestellt sind - und hoffen, sie könnten das Kreditgeschäft insbesondere im Firmenkundengeschäft immer noch betreiben wie eine Manufaktur.“ Dass es sich dabei um einen Irrglauben handelt ist Rederer überzeugt: „Wenn wir uns die Vorreiter unter den untersuchten Instituten anschauen, dann sehen wir dort nicht mehr viel Handarbeit. Stattdessen schalten die ersten Banken voll-digitale Baufinanzierungen live, agile IT-Strukturen ersetzen die Legacy-IT und das Thema Auslagerung gewinnt wieder an Fahrt, auch in Richtung Fintechs.“

Noch ist der Abstand aufholbar

Das bedeutet nicht, dass jede Bank nach einem maximalen Industrialisierungsgrad streben muss. Aber, so Rederer: „Noch sind die Abstände aufholbar, da auch führende Institute oft noch keine optimale Kombination der Hebel gefunden haben. Schon bald wird der Abstand aber zu groß sein. Insbesondere, was die Erfahrung in der Industrialisierung ganzer Organisationen angeht“, so Rederer.



Automatisierung der Geschäftsprozesse gilt als wichtiger Wettbewerbsfaktor

NIEDERLANDE

Shell läuft sich für den Klimawandel warm

CO₂-Emissionen sollen bis 2050 halbiert werden / Von Rochelle Toplensky

DEN HAAG (Dow Jones)--Der Ölkonzern Royal Dutch Shell weiß, dass der Klimawandel auch das Geschäft verändert, die Preisfrage lautet nur: Wie? Ähnlich einem Autokäufer zieht das Unternehmen deshalb einige umweltfreundliche Modelle in die engere Auswahl, bevor es sich für eines entscheidet.

Dieser Ansatz macht Sinn für Europas wertvollsten Öl- und Gasproduzenten - jedenfalls so lange niemand wirklich weiß, wie eine kohlenstoffarme Zukunft aussehen wird. Irgendwann jedoch muss eine einschneidende Entscheidung folgen, und Anleger müssen auf alles gefasst sein.

Alle Länder mit Ausnahme der USA haben versprochen, ihre CO₂-Emissionen zu senken, um das Pariser Klimaabkommen von 2015 einzuhalten. Extreme Wetterereignisse, anhaltende Proteste von Klimaaktivisten und eine öffentliche Meinung im Umschwung zwingen die Regierungen dazu, Farbe zu bekennen.

Milliardeninvestitionen

Bei den notwendigen drastischen Veränderungen drängt sich das Öl- und Gasgeschäft förmlich auf. Gleichzeitig herrscht jedoch eine große Unsicherheit über das Tempo des Übergangs und darüber, wie kohlenstoffarme Volkswirtschaften letztendlich so strukturiert wer-

den, dass sie nach wie vor Strom und Lebensmittel produzieren und Mobilität ermöglichen.

Angesichts dieses Problems hat Shell versprochen, seinen CO₂-Fußabdruck bis 2050 gegenüber 2016 zu halbieren. Das Unternehmen hat bereits damit begonnen, Öl durch kohlenstoffärmeres Gas zu ersetzen. Elektrizität wurde dem Produktmix hinzugefügt, und Shells Know-how im Handel mit Öl und Gas findet Anwendung auf andere Produkte.

Mit 45.000 Geschäften weltweit - mehr als Starbucks oder McDonalds - bedient Shell täglich 30 Mio Kunden. In den letzten Jahren hat das Unternehmen im Durchschnitt zwischen 1 und 2 Mrd US-Dollar pro Jahr in kleine Experimente mit neuen Energieformen und Energieträgern investiert, darunter Strom, Biokraftstoffe, Solar, Wind, Batterien und Wasserstoff. Die meisten werfen kein Geld ab, kosten aber auch nicht zu viel im Vergleich zu den mehr als 20 Mrd US-Dollar Konzerngewinn pro Jahr.

Diese Experimente liefern dem Unternehmen Informationen über neue Märkte und geben ihm die Möglichkeit, Schritt zu halten, wenn sich Kundenerwartungen und Vorschriften weiter ändern.

Mehr spekulativ gesehen könnten sie auch einen First-Mover-Vorteil für Unternehmen mit geringerem CO₂-Ausstoß begründen mit dem Ziel, langfristig ähnlich große Gewinne zu erzielen, wie sie von Anlegern in Öl- und Gasunternehmen erwartet werden.

Einige bewerten Shells Decarbonisierungs-Projekte als „Greenwashing“ und verweisen darauf, dass immer noch mehr als 90% der Investitionsausgaben in das Geschäft mit fossilen Brennstoffen fließen. Diese Sicht unterschätzt jedoch den massiven Aufwand, den einer der weltgrößten Ölproduzenten langfristig betreiben muss, um seine CO₂-Emissionen zu halbieren.

Laut Schätzungen von Barclays muss Shell bis 2050 rund 180 Mrd Dollar investieren, um sein CO₂-Ziel zu erreichen. Das ist enorm viel, aber machbar. Für den Zeitraum von 2021 bis 2025 hat Shell bereits angekündigt, seine Investitionen in neue Energiefelder auf 2 bis 3 Mrd Euro pro Jahr aufzustocken.

Eine kluge Strategie

Die bisherigen Ausflüge von Shell in neue Märkte wie Metalle sowie Nuklear- und Solarenergie waren nicht besonders erfolgreich. Diesmal scheint das Timing besser zu sein. Die Fehler der Vergangenheit waren eine wichtige Lektion.

Die derzeitige Strategie von Shell ist klug und vorausschauend. Sie bietet die Möglichkeit, sich mit verschiedenen Visionen für eine nachhaltige Zukunft auseinanderzusetzen. Die schlechtere Alternative aus Anlegersicht wäre, gar nichts zu tun und auf ein technologisches Wunder bei der CO₂-Abscheidung zu hoffen, damit das Geschäft mit fossilen Brennstoffen noch eine Chance hat.

Wahrscheinlich gegen Mitte des nächsten Jahrzehnts wird der Zeitpunkt kommen, zu dem sich das Unternehmen entscheiden muss, welche Experimente vorangetrieben und welche beendet werden sollen. Um diese Entscheidung zu wagen, braucht es stärkere Nerven als in einer dahinschleichenden Energiewende, die noch keine Richtung kennt.



Öl wird durch kohlenstoffärmeres Gas ersetzt

SCHWEIZ

Bundesrat erschwert Zugang zu Substanzen

Professionelle Verwender sind nicht betroffen

BERN (NfA)--Der Schweizer Bundesrat hat die Gesetzesvorlage über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe verabschiedet. Die Gesetzesänderungen erschwere laut Nachrichtenportal „europaticker“ den Zugang zu bestimmten chemischen Substanzen, die sich leicht zweckentfremden, für terroristische Zwecke missbrauchen lassen und gravierenden Schaden verursachen können. Wer Produkte kaufen wolle, die solche Substanzen enthalten, braucht künftig eine Bewilligung des Bundesamtes für Polizei (fedpol), so der Bundesrat.

Europa sei weiterhin Ziel terroristischer Sprengstoffanschläge. Einige konnten vereitelt werden, andere schlugen fehl, wie der Anschlag in London im September 2017. Der Sprengsatz explodierte nicht, vermutlich, weil bei der Herstellung Fehler begangen wurden. Dies sei eine der positiven Auswirkungen der



Der Ankauf von Düngemittel wird von der Gesetzesnovelle nicht betroffen sein

EU-Reglementierung über die Verwendung von Vorläuferstoffen für explosionsfähige Stoffe.

Vorläufersubstanzen für explosionsfähige Stoffe sind Substanzen, die in Produkten des täglichen Gebrauchs enthalten sind wie Düngemittel, Reinigungsmittel für Schwimmbäder oder Lösungsmittel. Diese Stoffe, beispielsweise Wasserstoffperoxid, Aceton oder auch Nitrate, sind in Produkten enthalten, die in der Schweiz nach wie vor im freien Verkauf erhältlich sind. In der Europäischen Union hingegen ist der Handel mit diesen Produkten seit 2014 reglementiert.

Eine spezifische Regelung

Der Bundesrat wisse um das Risiko, dass Terroristen sich in der Schweiz chemische Substanzen beschaffen können, um damit Sprengstoff herzustellen. Um den Zugang zu diesen Substanzen zu erschweren, schlage er nun eine spezifische Regelung vor. Das Gesetz sei Teil der

Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung. Eines der Ziele, die mit dieser Strategie verfolgt werden, ist, Anschläge in der Schweiz zu verhindern, verlautet aus Bern. Die vorgeschlagene Regelung setze beim Kauf von gut hundert Produkten an, die hauptsächlich in Apotheken, Drogerien und im Fachhandel verkauft würden. Bei Produkten mit einer schwachen Konzentration an Vorläuferstoffen sind keine Einschränkungen vorgesehen. Für den Kauf von Substanzen mit erhöhter Konzentration bedarf es einer Bewilligung von fedpol. Wer ein solches Produkt kaufen wolle, müsse den Verwendungszweck angeben. Es sei auch möglich, dass Privatpersonen der Zugang zu Produkten mit hohen Konzentrationen verboten werde, wobei aber Ausnahmegewilligungen möglich wären.

Die Regelung gelte lediglich für Privatpersonen. Professionelle Verwender wie Landwirtinnen oder Landwirte seien davon nicht betroffen. Was den möglichen Missbrauch bei der Verwendung von Vorläuferstoffen für explosionsfähige Stoffe angehe, setze der Bundesrat auf Selbstkontrolle und Sensibilisierung der professionellen Verwender. Seit September 2016 können dem fedpol verdächtige Transaktionen gemeldet werden. Bis Ende Oktober waren 57 Verdachtsfälle angezeigt worden, erklärte der Bundesrat.

JAPAN

Speicherzelle mit festem Elektrolyten realisiert

TOKIO (NfA)--Nach dem Vorbild der Lithium-Ionen-Batterie mit festem Elektrolyten haben Forscher des Tokyo Institute of Technology und der University of Tokyo die Zelle eines dynamischen Datenspeichers (DRAM) gebaut. Das geht aus einer Mitteilung des Nachrichtenportals „presstext“ hervor. Er sei klein, schnell und verbrauche sehr wenig Energie. Ohne derartige Speicher wäre kein modernes Computing möglich. Die Speicherchips würden auch in andere elektronische Geräte eingebaut - etwa in Drucker, so die Forscher.

Die Zelle bestehe aus drei übereinanderliegenden hauchdünnen Schichten, die auf einer Unterlage aus Glas platziert seien. Zuunterst befinde sich eine Nickelschicht. Darauf liege

eine Lage Lithiumphosphat. Den Abschluss bilde Lithium. Es sei gewissermaßen eine Miniaturbatterie, die blitzschnell zwischen „geladen“ und „ungeladen“ wechseln könne. Der eine Zustand stehe für die digitale „Null“, der andere für die „Eins“. Millionen davon könnten einen DRAM bilden. Dass sich der Ladezustand so schnell ändern könne, liege an der geringen Kapazität der Zelle. Die Änderung erfordere nur winzige Ströme, erklärten die Wissenschaftler.

Anfangs hätten die Experten mit Gold als Unterschicht gearbeitet. Das funktionierte, doch einer kam auf die Idee, es einmal mit dem weitaus billigeren Nickel zu versuchen. Das sei ein voller Erfolg gewesen. Die Eigenschaften der Zelle verbes-

serten sich drastisch. Die schnelle Speicherung und das schnelle Auslesen von Daten werde das gesamte Computersystem auf Tempo trimmen, meinen die Forscher. Zumal diese Zellen auf drei Spannungsniveaus Daten speichern könnten.

Das Nickel bilde eine extrem dünne Oxidschicht am Übergang zum Lithiumphosphat. Das ist den Forschern nach einer der Gründe für den geringen Energiebedarf. „Das ist der bemerkenswerteste Fortschritt“, so Taro Hitosugi, der die Zelle mit seiner wissenschaftlichen Hilfskraft Yuki Watanabe gebaut hat. Gold dagegen bilde an der Nahtstelle zum Lithiumphosphat eine vergleichsweise dicke Mischschicht aus, die den Energiebedarf erhöhe.

INDONESIEN

Deutsche Exporte brechen ein

Höhere Versicherungsbeiträge sollen mehr Geld ins Gesundheitssystem pumpen / Von Frank Malerius

JAKARTA (NfA/GTAI)--Indonesiens Einfuhren von Medizintechnik drohen nach vielen Jahren des starken Wachstums 2019 erstmals wieder zu sinken. Zwar sind bisher keine aktuellen Detaildaten verfügbar, jedoch sind im ersten Halbjahr die Gesamtimporte des Archipels um 7,6% zurückgegangen. Und auch bei den Einfuhren der HS-Zolltarifposition 90, die in Indonesien etwa zu einem Drittel auf Medizintechnik entfällt, steht ein Minus von 8,5% zu Buche.

Darüber hinaus sind die Exporte medizinischer Geräte aus Deutschland, der zweitgrößten branchenbezogenen Bezugsquelle des Inselreichs hinter China, in den ersten sechs Monaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 30% eingebrochen.

Die Medizintechnikimporte hatten sich zwischen 2014, dem Jahr der Einführung der allgemeinen staatlichen Krankenversicherung, und 2017 auf etwa 850 Mio US-Dollar mehr als verdoppelt. Überall im Land sind neue Krankenhäuser entstanden, die mit Gerätschaft ausgestattet werden mussten. Grund dafür waren aber nicht nur die staatlichen Investitionen, sondern auch der Boom der privaten Krankenversorgung für die rasant wachsende Mittelschicht.

Milliardendefizit

Der staatliche Krankenversicherer BPJS Kesehatan ist unterfinanziert. Die Behörde versichert bereits etwa 90% der 265 Mio Indonesier und hat 2.500 Krankenhäuser und 23.000 Krankenstationen unter Vertrag. Zwischen 2014 und 2018 hat BPJS Kesehatan ein kumuliertes Defizit in Höhe von knapp 50 Bill Rupiah (etwa 3,6 Mrd Dollar) angesammelt, das auch durch jährliche Zuschüsse aus dem Staatshaushalt kaum im Zaum gehalten werden kann. Alleine für 2019 wird ein Minus von

umgerechnet 2 Mrd Dollar erwartet. 2024 könnte es laut BPJS Kesehatan auf bis zu 5,5 Mrd Dollar anstiegen sein.

Grund für die Misere ist, dass zu niedrigen Beiträgen zu hohe Leistungen gegenüberstehen. Denn die Versicherung beinhaltet auch Zahnbehandlungen, die Behandlung chronischer Krankheiten und sogar Physiotherapie. Hinzu kommen betrügerische Praktiken von Unternehmen, die die Gehälter ihrer Angestellten zu niedrig angeben, oder Krankenhäuser, die zu hohe Rechnungen stellen. Darüber hinaus hat die allgemeine Krankenversicherung zu einem Anspruchsdenken geführt: Als ein kostspieliges Krebsmedikament aus dem Leistungskatalog gestrichen wurde, gab es wütende Proteste.

Um den Steuerzahler vor immer größeren Ausgleichszahlungen zu schützen, sollen nun die Beiträge angehoben werden. In der niedrigsten Klasse sollen sie nach Regierungsplänen von monatlich 25.500 Rupiah (1,80 Dollar) auf 42.000 Rupiah steigen - und in der höchsten von 110.000 auf 160.000 Rupiah.

Treiber der Nachfrage nach Medizintechnik ist das Wachstum von Bevölkerung und Wohlstand. Jedes Jahr steigt die Bevölkerungszahl um mehr als 3 Mio Menschen. Zudem nimmt die Häufigkeit von Zivilisationskrankheiten zu. Um diesen Trends gerecht zu werden, müs-

sen in Indonesien nahezu im Tagesrhythmus neue Hospitäler gebaut werden. Laut Gesundheitsministerium gab es 2018 etwa 2.800 Krankenhäuser, von denen 1.800 privatwirtschaftlich betrieben wurden. Demnach sind allein zwischen 2013 und 2018 etwa 600 neue, überwiegend private Krankenhäuser eröffnet worden.

Als größter privater Betreiber gilt Siloam International Hospitals, mit 6.800 Betten in 33 Einrichtungen - davon zwölf im Großraum Jakarta. Nach Unternehmensangaben kooperieren 24 dieser Krankenhäuser mit der staatlichen Krankenversicherung. Weitere Neubauten sind in Planung.

Wenig eigenes Know-how

Indonesien wird für den Ausbau seines Gesundheitswesens auch zukünftig auf ausländische Technologieimporte angewiesen sein, denn es gibt nur wenig Know-how für die eigene Produktion. Die schätzungsweise 240 Hersteller von Medizintechnik produzieren überwiegend einfache Produkte wie Einmalhandschuhe, Krankenhausmöbel und kleinere elektronische Artikel wie Blutdruckmessgeräte, teilweise auch für den Export.

In Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen werden immerhin Monitore, Inkubatoren und Dentalkameras hergestellt. Doch im Hightechbereich ist das indonesische Gesundheitswesen praktisch komplett auf Importe angewiesen - und dabei vielfach auf deutsche Hersteller. 2018 lieferte Deutschland etwa Röntengeräte im Wert von 22,3 Mio Dollar nach Indonesien. Das entsprach fast 20% der entsprechenden Importe des Archipels.

Indonesische Krankenhäuser sind für ausländische Betreiber ein weitgehend abgeschotteter Bereich. Doch das könnte sich im Zuge der Notwendigkeit zur Öffnung der Wirtschaft ändern. So sagte der Chef der Investitionsbehörde BKPM, Thomas Lembong, im Februar, dass es Überlegungen gebe, ausländische Krankenhausbetreiber im Land zuzulassen.

Ein Grund dafür ist das mangelnde Vertrauen in die eigenen Hospitäler. Denn wohlhabende Indonesier reisen für aufwendigere Eingriffe zumeist ins Ausland, vielfach ins nahegelegene Singapur oder nach Malaysia. Dadurch gehen dem Archipel jährliche erhebliche Summen verloren.



Internationale Krankenhausbetreiber sind noch vom Markt ausgeschlossen

AFRIKA

Fülle von Projekten zieht Investoren an

Ausbau der Versorgung mit Grundlebensmitteln und Getränken hat für viele Regierungen Priorität

BONN (NfA/GTAI)--Die Nahrungsmittelverarbeitung bleibt in weiten Teilen des subsaharischen Afrikas eine Wachstumsbranche. Sie zieht internationale und lokale Investoren für Projekte an.

So plant die tunesische Poulina Group über ihre Tochtergesellschaft Med Oil Company Investitionen in der Elfenbeinküste. Die Med Oil Company produziert Margarine und Speiseöl. Das Unternehmen betreibt bereits eine Fabrik in der senegalesischen Hauptstadt Dakar. Im Zuge einer geplanten Expansion in Afrika stellt die Eröffnung einer Fertigungsanlage in Abidjan nun den nächsten Schritt dar. Die Poulina Group ist in mehreren Bereichen aktiv, vor allem in der Verarbeitung von Geflügelfleisch aber auch im Verpackungsbereich sowie im Großhandel.

Reisproduktion in Sierra Leone

Unterdessen legt die Regierung in Sierra Leone unter dem seit 2018 amtierenden Präsidenten Julius Maada Bio einen Schwerpunkt auf die Ausweitung der Reisproduktion. Investitionen in den Anbau würden auch den Bau von Verarbeitungsanlagen nach sich ziehen. Die Regierung hat in ihren Haushalt 2019 für Reisprojekte rund 34 Mio Dollar eingestellt. Der Großteil des Kapitals soll jedoch von Gebern kommen. Reis entwickelt sich zunehmend zum dominierenden Grundnahrungsmittel in Sierra Leone und muss in immer größeren Mengen importiert werden. 2018 dürfte der Einfuhrwert die 200-Mio-Dollar-Grenze erstmals überschritten haben.

Die Regierung des Landes treibt den Bau von „Agropôles“ voran. Dies sind Industriezonen, in denen sich in erster Linie Unternehmen im Bereich der Nahrungsmittelverarbeitung ansiedeln sollen. Im Idealfall beziehen sie die benötigten Rohstoffe von den Bauern der umliegenden Region. Von den insgesamt acht Verarbeitungszone, die im Nationalen Entwicklungsplan vorgesehen sind, ist der Agropôle in Kara im Norden des Landes am konkretesten. Auf halber Strecke gelegen zwischen Burkina Fasos Hauptstadt Ougadougou und Togos am Meer liegender Hauptstadt Lomé sollen dort Mais, Reis, Sesam, Cashewnüsse und Geflügel verarbeitet sowie Getränke hergestellt werden. Die Regierung hat bereits

einen Betrag von etwa 57,9 Mio Euro für die Finanzierung zur Seite gelegt. Insgesamt werden die Kosten auf circa 100 Mio Euro geschätzt. Die Afrikanische Entwicklungsbank finanziert bislang Machbarkeitsstudien für die Realisierung des Projekts.

Getränkeindustrie in Äthiopien und Kenia

Coca-Cola will in Äthiopien nach einer Meldung vom Juni in den nächsten fünf Jahren 300 Mio Dollar investieren. Teil des Plans ist der Bau von „Äthiopiens größter Coca-Cola-Fabrik“ in Sebeta bei Addis Abeba für 70 Mio Dollar, die Anfang 2020 fertig sein soll. Darüber hinaus ist ein großes Werk in Hawassa geplant, laut Daril Wilson, Geschäftsführer der East Africa Bottling Share Company.

Die Brauerei Dashen will Presseinformationen vom Juni zufolge ihre Kapazitäten auf 5 Mio hl verdoppeln. Geplant sei außerdem eine Kapazitätserhöhung bei Rorank Business, einer der größten vertikal integrierten Brennereien in Ostafrika. Beide Unternehmen gehören mehrheitlich der Firma Vasari Beverages, die Informationen zufolge zur Finanzierung dieser und anderer Vorhaben eine Kapitalerhöhung um 100 Mio Dollar vorgenommen hat.

Dashen betreibt daneben eine von zwei großen Mälzereien des Landes. Der zweite Erzeuger, die Assela Malt Factory, präsentierte im Februar Pläne, die Jahresproduktion auf 100.000 t zu verdreifachen. Das Unternehmen wurde im Mai 2018 privatisiert und hat seine Anlagen bereits modernisiert. Äthiopien ist Afrikas viertgrößter Bierproduzent und benötigt bei rasch wachsendem Ausstoß jährlich 235.000 t Malz.

Nach einer Information vom Januar sollte Mitte des Jahres eine neue Brennerei namens Komari Beverages in Bau gehen. Für die Anlage, die Whiskey, Rum und Wodka destillieren soll, hätten europäische Investoren 12 Mio Dollar ausgegeben.

Kenias führender Wein- und Spirituosenhersteller Kenya Wine Agencies

Limited (KWAL) will nach einer Meldung von Ende Mai eine Fabrik für über 30 Mio Dollar errichten. Das ehemalige Staatsunternehmen, das sich heute im Mehrheitsbesitz der südafrikanischen Distell befindet, plant den Spatenstich für die Anlage in Tatu City außerhalb von Nairobi für 2020. KWAL produziert nicht nur, sondern vertreibt auch ausländische Marken.

Zuckerrohrfabrik in Ruanda

Die Madhvani Group Rwanda plant den Bau einer Zuckerrohrfabrik, die mit einer Kapazität von 56.000 t 80% des Inlandsbedarfs decken würde. Die Anlage ist Teil einer 92-Mio-Dollar-Investition, die auch weitere 5.500 ha Zuckerrohrplantagen umfasst, so das Portal Food Business Africa Ende April.

Fischerei in Namibia

Der Ausbau der Fischverarbeitung in Namibia ist in vollem Gange. Pressemeldungen zufolge investiert die Hangana Seafood umgerechnet 27,7 Mio Dollar eine Fischverarbeitung mit einer Kapazität von 25.000 t im Jahr. Der Bau der vor allem für Seehecht konzipierten Fabrik begann im September 2018 und soll bis September 2020 abgeschlossen sein. Das Werk in Walvis Bay wird über eine Kühlagerkapazität von 2.500 t verfügen. Die namibische Regierung hat das ehrgeizige Ziel ausgegeben, bis 2021/22 den Anteil des vor Ort verarbeiteten und verpackten Fisches und weiterer Meeresprodukte auf rund 40% des Fangs zu erhöhen (2018: rund 10%).

Fischzucht in Sambia

Yalelo Limited, eines der führenden Fischzuchtunternehmen in Sambia, hat sich von der niederländischen Entwicklungsbank FMO einen Kredit über 10,5 Mio Dollar gesichert. Das wird das Unternehmen nicht nur in die Lage versetzen, seine Produktionskapazität mehr als zu verdoppeln, sondern auch die Verarbeitungskapazitäten und den Vertrieb erweitern, so der Geschäftsführer der First Wave Group, Adam Taylor.

SCHWEDEN

Markt mit Kooperationsmöglichkeiten

Bei der Digitalisierung an der Weltspitze / Von Michal Wozniak

STOCKHOLM (NfA/GTAI)--Die Einwohnerzahl Schwedens steigt jährlich um 100.000 Menschen. 2028 sollen es insgesamt 11 Mio sein. Ein Großteil der Bevölkerung sind Minimalisten, sie kaufen wenige, aber qualitativ hochwertige Dinge. Diese Faktoren versprechen eine gesunde Nachfrage nach Premiumprodukten.

Besonderes Potenzial schlummert in der Digitalwirtschaft. Schweden gehört zu einer der digitalisiertesten Nationen der Europäischen Union. Daher besteht ein hohes Interesse an digitalen Produkten, Dienstleistungen und Applikationen. Zudem avanciert das Land zum interessantesten Testfeld für neue Lösungen. Dies wird auch zielstrebig von der Regierung unterstützt: ob im Rahmen einer großen und bunten Cluster- und Testbed-Landschaft oder dank relativ unkomplizierter Verfahren für die Erprobung neuer Technologien in der realen Welt.

Schweden etablierte bereits in den 1990er-Jahren eine umfassende Datentransparenz. Im Zusammenspiel mit dem Grundvertrauen der Bürger wurde damit eine Erfolg versprechende Basis für die Datensammlung und -verarbeitung geschaffen. Profitieren soll davon beispielsweise die Entwicklung Künstlicher Intelligenz. Diese gehört auch zu den Prioritäten der öffentlichen Hand, die verspricht, langfristig eine größtmög-

che Sammlung anonymisierter Daten zur Verfügung zu stellen.

Das Hauptaugenmerk liegt dabei natürlich auf heimischen Anbietern. Die Wirtschaft des Ostseerainers ist aber sehr international ausgerichtet. Um das Synergiepotenzial zwischen deutschen und schwedischen Unternehmen, Forschern und Entwicklern soweit wie möglich auszuschöpfen, gründeten die Deutsch-Schwedische Handelskammer und die Königliche Schwedische Akademie der Ingenieurwissenschaften das German Swedish Tech Forum. Die Innovationsplattform soll durch Events und andere Projekte den bilateralen Austausch unterstützen und bei der Partnersuche helfen.

Zwischen deutschen und schwedischen Firmen besteht großes Synergiepotenzial. Die nordeuropäischen Unternehmen sind vor allem im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik stark, der in Deutschland teilweise vernachlässigt wurde. Aber nur wenige der dortigen 1,2 Mio Firmen haben die Kapazitäten und finanzi-

elle Ausstattung, um global tätig zu werden. Deswegen ist für sie das traditionell starke Auslandsnetzwerk deutscher Unternehmen interessant.

Zwei Länder, gleiche Ziele

Zudem sind die übergreifenden Themen in beiden Ländern sehr ähnlich. Zum einen beschäftigen sich schwedische Firmen auch wegen der hohen Lohnkosten ausführlich mit der Automatisierung. Das neueste chinesische Werk von ABB, in dem Roboter vollautomatisch produziert werden, ist nur eines der Aushängeschilder.

Zum anderen wird unter dem Oberbegriff „fossilsfreies Schweden“ tatkräftig und teilweise selbstverpflichtend an umweltfreundlichen Lösungen gearbeitet. Dabei spielen nicht nur erneuerbare Energien eine Rolle. Schweden deckt bereits etwa die Hälfte seines Strombedarfs aus Wasser und Wind, mehr als ein Drittel stammen aus CO2-armen Kernkraftwerken. Immer größeres Gewicht wird aber der Kreislaufwirtschaft beigemessen. Unternehmen wollen zunehmend recycelte oder nachwachsende Rohstoffe verwenden.

Bei Markteintrittsüberlegungen sollte auf jeden Fall die starke Position heimischer Anbieter berücksichtigt werden. Abnehmermärkte von Industriezweigen wie der Metall-, Elektrotechnik-, Maschinenbau-, Kfz-, Informationstechnologie-, Chemie-, Papier-, Energie- oder Medizintechnikindustrie sind hart umkämpft. Hinzu kommen eine lebhaftere Start-up-Szene mit sehr aktiven Investoren und eine gute Vernetzung dank Cluster und ähnlicher Initiativen.

In den ersten drei Quartalen gingen bei Herstellern von Elektrotechnik laut schwedischem Statistikamt SCB knapp 7% weniger Bestellungen ein als im Vorjahreszeitraum. Die Produktion sank um über 4,5%. Der Auftragseingang bei sonstigen Maschinen und Geräten stagnierte auf Vorjahresniveau, die Herstellung wuchs um knapp 4%. In beiden Sparten verhinderte die gestiegene Auslandsnachfrage einen deutlicheren Einbruch. Mittelfristig erwartet der Branchenverband Teknikföretagen keine Trendwende. Lediglich Hydraulik- und Pneumatik-Hersteller können Umsatzsteigerungen verbuchen.

Analyse

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> • Größte Volkswirtschaft Nordeuropas mit Brückenfunktion zu den nordischen Ländern • Anlagensicherheit dank geringer Staatsverschuldung und laufenden Haushaltsüberschuss • Effiziente, leistungsfähige Verwaltung • Langfristig günstige Energie dank erneuerbarer Quellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Geringe Einwohnerdichte abseits der drei Ballungsräume • Straßen- und Schienennetz teilweise unterentwickelt • Hohe Lohnnebenkosten • Konsenskultur verlängert Entscheidungsprozesse
Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> • Ähnliche Schwerpunkte wie in Deutschland: Umwelt, Automatisierung und Digitalisierung • Verbrauchervorlieben begünstigen Premiumprodukte • Starker, für Zusammenarbeit offener F&E-Sektor • Brexit könnte 7 Mrd Euro Lücke bei Importen aufturn 	<ul style="list-style-type: none"> • Minderheitsregierung belastet politische Stabilität • Internationale Handelskonflikte schmälern Investitionswillen • teilweise starke Konkurrenz durch heimische Wettbewerber • Hohe Verschuldung der Privathaushalte birgt Zahlungsrisiken

GROSSBRITANNIEN

Daten nähren den Fintech-Boom

Das „Open-Banking“-Regime zieht Start-ups an / Von Rochelle Toplensky

LONDON (Dow Jones)--Weiß Ihr Telefon mehr über Sie als Ihre Bank? Wenn ja, dann hat Sie die Fintech-Industrie wahrscheinlich schon vereinnahmt. Informationen über Sie, Ihr Geld und wie Sie es ausgeben, werden mit Unternehmen geteilt, die Ihnen Kapitalanlagen, Versicherungen und andere Finanzdienstleistungen verkaufen möchten. Das ist das Lebenselixier des aufstrebenden Finanztechnologiesektors, der einem neuen CB Insights-Bericht zufolge in den ersten drei Quartalen des Jahres Risikokapital in Höhe von 24,6 Mrd US-Dollar angezogen hat.

Das Herz, das diesen Datenfluss stetig durch die Adern des Systems pumpt, ist die finanzielle Deregulierung. In der Vergangenheit hatten Banken und einige streng regulierte Unternehmen solche Daten eifersüchtig gehütet. Mit Online-Shopping, Smartphones und einer jüngeren Generation, die mit der digitalen Technologie herangewachsen ist, ist die Scheu vor der Weitergabe persönlicher Daten gesunken - und die Regulierungsbehörden halten sich vornehm raus.

Das Vereinigte Königreich versuchte 2016, Innovation und Wettbewerb bei Finanzdienstleistungen zu verbessern, indem es die Vorschriften für Start-ups vereinfachte und die neun größten Banken dazu zwang, die Daten ihrer Kunden für andere zugänglich zu machen. Dieses „Open Banking“-Regime schuf einen Fintech-Hotspot. Laut Accenture wurden in London 2018 mehr als die Hälfte aller Fintech-Investitionen getätigt.

Amerikas Akteure stützen sich auf die Daten ihrer Kerngeschäfte

Die USA sind einen anderen Weg gegangen, zum Teil, weil ihre großen Technologieunternehmen bereits über so viele kaum regulierte Daten verfügen, dass sie sehr gut damit arbeiten können. PayPal, ein Pionier des Online-Bezahlens, stützte sich auf die Transaktionen und Benutzerdaten von eBay. Amazon hat seine Kundeninformationen genutzt, um eine wachsende Zahl von Finanzdienstleistungen anzubieten, darunter Kreditkarten und Kredite für Kunden, die die Plattform für ihre Geschäfte nutzen. Google, Apple und Facebook bieten jeweils einen Zahlungsdienst an und erwägen weitere Finanzdienstleistungen.

Auch in den USA gibt es viele Fintech-Start-ups. Einige haben sich mit etablierten Banken zusammengetan, um den Anforderungen der Aufsichtsbehörden in Bezug auf bestimmte Finanzprodukte oder den Besitz einer Banklizenz gerecht zu

werden. Andere vertrauen auf Start-ups, die konsolidierte Bankdaten haben, wie beispielsweise Plaid. Niemand genießt jedoch den automatischen Zugriff auf Bankdaten, wie ihn die Kollegen in London haben.

Wie in den USA ist Fintech auch in China an der Seite der Technologieunternehmen gewachsen. Bei der Gründung von AliPay durch den Online-Einzelhändler Alibaba hatten sich die Aufsichtsbehörden kaum eingemischt. Aus dem Unternehmen wurde Ant Financial, ein Finanzsupermarkt mit 1 Mrd Kunden weltweit.

Laut UBS hat das Unternehmen zusammen mit WeChat Pay im vergangenen Jahr 93% der landesweiten mobilen Zahlungen

Visabestimmungen für die USA und bessere Berufsaussichten innerhalb Indiens haben auch dafür gesorgt, dass mehr der besten Uni-Absolventen zu Hause bleiben, anstatt ins Silicon Valley abzuwandern.

Laut einem aktuellen Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich folgen viele Länder der deregulatorischen Linie Großbritanniens. Die Europäische Union, Indien, Mexiko und einige andere Länder verlangen, dass Daten geteilt werden, während Hongkong, Korea und Singapur den Datenaustausch eher fördern als vorschreiben. Brasilien, Russland, Kanada und Australien erwägen, den genannten Beispielen nachzueifern.

Gefahr für Missbrauch steigt

Risiken gibt es. Offener Zugang zu Bankdaten erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass diese verloren gehen, gestohlen oder missbraucht werden. Auch an der globalen Finanzkrise 2008 war die Lockerung der Regulierung nicht ganz schuldlos.



Auf London entfällt die Hälfte aller Investitionen des Sektors

in Höhe von umgerechnet 27 Bill US-Dollar abgewickelt. China verfügt auch über ein florierendes Ecosystem anderer Fintech-Unternehmen, das zum Teil vom umstrittenen Modell der Zentralisierung von Daten profitieren.

Indien ist ein aufstrebender Hotspot, der durch standardisierte Ausweise, vereinfachte Transaktionen in Echtzeit und Datenaustausch boomt. Die mangelhafte Banken-Infrastruktur hat den Start-ups den Weg geebnet, um veraltete Technologien durch digitale Dienste zu ersetzen. Verschärfte

Bisher haben sich die Aufsichtsbehörden gegenüber Fintech-Plänen großzügig gezeigt und sind nur dann eingeschritten, wenn die Dinge aus dem Ruder liefen, wie bei den jüngsten chinesischen Skandalen mit Peer-to-Peer-Krediten.

Viele Politiker haben entschieden, dass es sich lohnt, ein Risiko einzugehen, um Wettbewerb und Innovation bei Finanzdienstleistungen zu stärken. Sie müssen aber auch ein wachsames Auge darauf haben, dass die neue Lockerheit besser funktioniert als die alten Regeln.

USA

Investoren ziehen die Zügel an

Geldgeber legen mehr Wert auf Governance und Profitabilität / Von Heather Somerville

SAN JOSÉ (Dow Jones)--Nachdem einstige Start-up-Liebliche wie WeWork und Uber in diesem Jahr insgesamt rund 100 Mrd Dollar an Wert eingebüßt haben, weht im Bereich Risikokapital ein neuer Wind. Die Investoren werden vorsichtiger und erhöhen den Druck auf die Jungunternehmen, sich stärker auf Profitabilität statt auf Wachstum zu fokussieren.

So haben sich der Autovermieter Fair und die Softwarefirma UiPath verkleinert. Der E-Roller-Verleiher Lime hat sein Geschäft umgebaut, um den Investoren zu zeigen, dass er Gewinn machen kann. „Wir haben fünf Jahre lang eine ausgelassene Party gefeiert, bis jemand das Licht angemacht hat“, sagte Chris Douvos, dessen Firma Ahoy Capital sowohl in Risikokapitalfirmen als auch Start-ups investieren. „Unsere Augen stellen sich derzeit noch um und keiner weiß, wie der Rest des Abends weitergeht. So fühlt sich das Silicon Valley derzeit an.“

Nach wie vor steckt viel Geld in der Start-up-Industrie, und mit den anhaltend niedrigen Zinsen ist ein weiterer Mittelabfluss unwahrscheinlich, wie Investoren sagen. Die Risikokapitalinvestitionen in den USA sind laut Pitchbook in den Jahren 2009 bis 2018 von 27 auf 138 Mrd Dollar gestiegen. Dennoch sorgt das schiere Ausmaß des Werteverlusts für eine Unsicherheit unter Risikokapitalgebern, die es seit Jahren nicht gegeben hat. Rufe nach besseren Strukturen im Management der Firmen werden lauter.

Die Finanzierungsrunden fallen deutlich kleiner aus

Finanzierungsdeals dauern mittlerweile länger, statt einer Woche oder zwei müssen Start-ups mit einem Monat oder mehr rechnen. Unternehmen, die 80 bis 100 Mio Dollar einsammeln wollen, werden von den Investoren gebremst und sollten sich lieber auf 20 bis 30 Mio einstellen, sagt Berater Adam J. Epstein. Ein Fanal war der Absturz von WeWork, der mit dem IPO-Antrag der Muttergesellschaft We Co. begann. Dieser offenbarte Details über die horrenden Verluste, die laxen Verwaltungsstrukturen und die multiplen Interessenkonflikte. Als Softbank mit einem Rettungspaket einstieg, war das Unternehmen nur noch 8 Mrd Dollar wert, verglichen mit 47 Mrd in der letzten privaten Finanzierungsrunde davor.

Ubers Marktkapitalisierung liegt aktuell rund 32 Mrd Dollar unter dem Marktwert

beim IPO im Mai. Lyft hat seit dem Börsengang im März rund 10 Mrd eingebüßt. Der E-Zigaretten-Hersteller Juul Labs, einst die Nummer zwei hinter WeWork bei privaten Finanzierungsrunden, hat mit Gegenwind in den USA zu kämpfen und entlässt nun 16% seiner Belegschaft. Der größte Investor senkte die Bewertung um 14 Mrd Dollar. „Alle paar Jahre gibt es so einen Schlag“, sagte Epstein. „Die Auswirkungen von WeWork im Finanzierungsmarkt waren beträchtlich. Ich habe das direkt mitbekommen.“ Laut Pitchbook haben sowohl die Zahl der Finanzierungsrunden sogenannter „Einhörner“ - Start-ups mit einer Bewertung von 1 Mrd Dollar oder mehr - als auch deren durchschnittlicher Wert im dritten Quartal auf den tiefsten Stand seit dem zweiten Quartal 2018 nachgegeben.

Manager müssen Überzeugungsarbeit leisten

Der E-Roller-Vermieter Lime spürt den Druck von Investoren, in den Städten profitabel zu arbeiten. Der Abschluss der bisher jüngsten Finanzierungsrunde im ersten Quartal habe doppelt so lange gedauert wie vom Lime-Management erwartet, sagte ein Informant, weil die Skepsis der Investoren wegen regulatorischer und wettbewerblicher Herausforderungen und des großen Barmittelverbrauchs steigt. In einigen Städten habe es Lime zu Profitabilität gebracht, weil die Roller widerstandsfähiger gemacht und Reparaturen beschleunigt wurden. Die Manager hätten zweifelnde Anteilseigner durch ihre Lager geführt, um die neue Effizienz unter Beweis zu stellen.

Lime wolle noch mehr Geld einsammeln, bis Dezember oder Januar sollen einige hundert Millionen zusammenkommen, sagte die informierte Person. Darüber hinaus will das Unternehmen zur Finanzierung seiner Roller stärker auf Schulden setzen. Auf bereinigter Basis soll Lime 2020 profitabel werden. Der CEO von Investment Management Associates, Vitaliy Katsenelson, zieht schon Vergleiche zur großen Kor-

rektur bei Internet-Aktien vor zwei Jahrzehnten. „Wir sind in einer Dotcom-Blase 2.0, wobei es jetzt nicht am Aktienmarkt geschieht, sondern im privaten Finanzierungsmarkt.“ Seine Firma ist jüngst aus Softbank ausgestiegen, weil sie die Pläne des japanischen Konzerns für einen zweiten Technologie-Megafonds skeptisch sieht.

Teilweise müssen es die Belegschaften ausbaden. UiPath aus New York, ein Anbieter von Automatisierungssoftware, hat im Oktober 400 Mitarbeiter entlassen und fokussiert sich stärker auf Profitabilität, wie eine Sprecherin des Unternehmens sagte. Sie fügte aber hinzu, dass immer noch eingestellt werde. Die Entlassungen habe es gegeben, weil bestimmte von Investoren erwartete Ziele nicht eingehalten worden seien, sagten informierte Personen. Fair aus Santa Monica hat 290 Mitarbeiter entlassen und den CEO ausgewechselt, nachdem ein Großteil der 380 Mio Dollar aus einer Finanzierungsrunde in weniger als einem Jahr für Marketing, neue Mitarbeiter, Immobilien und anderer Wachstumsinitiativen ausgegeben wurde. Das Unternehmen, hinter dem der Vision-Fonds von Softbank steht, kauft Autos und vermietet sie sowohl an Endkunden als auch Fahrer für den Fahrdienstvermittler Uber, bei dem Softbank auch engagiert ist.

Fair offenbart die Risiken einer wachstumszentrierten Strategie, die viele Investoren enthusiastisch unterstützt haben. In Florida wurden hohe Händlergebühren bei den Kosten der Autos nicht angemessen berücksichtigt, was zu einem Verlust von rund 300.000 Dollar in einem Quartal führte, wie ehemalige Mitarbeiter sagten. Fast 60% der Leasings waren unprofitabel, weil das Unternehmen zu viel für die Fahrzeuge gezahlt hat, die es billig vermietet und nicht immer wieder eingesammelt hat, wenn Kunden ihre Zahlungen einstellten.

Als der ehemalige CEO die Investoren von der Softbank um mehr Geld bat, schickten die Japaner ein Prüfungsteam zu Fair, wie ehemalige Mitarbeiter berichten. Softbank hat aus dem WeWork-Desaster gelernt und legt nun größeren Wert auf eine besser organisierte Führung. Painter, der weiterhin Chairman von Fair ist, will noch mehr Geld einsammeln, um das Unternehmen am Laufen zu halten.

LUFTFAHRT

United Airlines bestellt 50 Maschinen von Airbus

CHICAGO (AFP)--Es ist ein weiterer Rückschlag für den US-Flugzeugbauer Boeing: Die Fluggesellschaft United Airlines hat 50 Flieger des europäischen Airbus-Konzerns bestellt. Es handle sich um Maschinen vom Typ A321 XLR, die die veraltete Boeing-757-200-Flotte ersetzen sollen, wie die US-Airline mitteilte. Das Geschäft hat einen Umfang von geschätzten 6,5 Mrd Dollar.

Die neuen Airbus-Maschinen sollen ab 2024 geliefert werden. Boeing habe derzeit keine neuen Maschinen, die denen der A321-XLR-Reihe Konkurrenz machen



Boeing kommt seit der Affäre um die 737 MAX nicht aus der Krise

könnten, hieß es aus mit dem Geschäft vertrauten Kreisen. Mit den neuen Fliegern will United Airlines nach eigenen Angaben von den USA aus zusätzliche Ziele in Europa ansteuern.

Business-Kalender Außenwirtschaft

Neu veröffentlichte Termine:

Termin	Ort	Thema	Veranstalter
17.01.2020	Nürnberg	Inhouse-Einzelberatung China	IHK Nürnberg für Mittelfranken
22.01.2020	Mannheim	Lieferantenerklärung	IHK Rhein-Neckar
28.01.2020	Minden	Exporttechnik 2: Abwicklung von Exportgeschäften - einschließlich Binnenmarkt (EU)	IHK Ostwestfalen zu Bielefeld
29.01.2020	Kiel	Zielmarktberatung Indonesien	WTSH - Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein
29.01.2020	Koblenz	Die Umsatzsteuer im Auslandsgeschäft	Handwerkskammer Koblenz
30.01.2020	Chemnitz	Aktuelle Umsatzsteuerfragen im internationalen Geschäft	IHK Chemnitz



Quelle: IXPOS | Außenwirtschaftsportal
www.ixpos.de/kalender

Der IfA-Business-Kalender Außenwirtschaft erscheint regelmäßig mit den neu bekannt gewordenen Inlandsterminen und mit wichtigen Auslandsterminen. Alle Angaben ohne Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit.

Der US-Konzern Boeing steckt in einer tiefen Krise. Seit März gilt ein weltweites Flugverbot für die 737 MAX, nachdem bei zwei Abstürzen von Maschinen dieses Typs in Indonesien und Äthiopien insgesamt 346 Menschen ums Leben gekommen waren. Ermittler vermuten, dass die Unglücke mit einem Stabilisierungssystem zusammenhängen, das bei einem drohenden Strömungsabriss die Flugzeugna-

FAHRZEUGE

Hyundai macht bei E-Mobilität ernst

SEOUL (Dow Jones)--Der südkoreanische Autokonzern Hyundai will im Zuge seiner „Strategie 2025“ in den kommenden sechs Jahren 61,1 Bill Won - umgerechnet rund 46 Mrd Euro - in Forschung und Entwicklung investieren. Etwa ein Drittel davon werde für die Entwicklung von Zukunftstechnologien für Elektro- und autonome Autos ausgegeben, teilte Hyundai mit.

Der Konzern hat sich zum Ziel gesetzt, 670.000 batterie- oder brennstoffzellenbetriebene Elektrofahrzeuge pro Jahr zu verkaufen, um ab 2025 einer der drei weltweit führenden Anbieter in diesem Segment zu werden. Hyundai kündigte außerdem an, bis Februar für rund 300 Mrd Won eigene Aktien zurückzukaufen.

Im Rahmen des ehrgeizigen Strategieplans, der bislang erst in Teilen bekanntgegeben wurde, strebt Hyundai Motor eine operative Gewinnmarge von 8% im Automobilsegment und einen Anteil von 5% am weltweiten Automobilmarkt an.

AUSBLICK

auf die kommende Ausgabe

WELT

Brent-Öl-Vorkommen versiegen, nur der Name wird bleiben

LÄNDERPROFIL

Stabilitätsanker Ghana: kleiner Markt, großes Potenzial

ERNEUERBARE ENERGIEN

Nordex erhält Auftrag aus Mexiko

HAMBURG (Dow Jones)--Der Windkraftanlagenbauer Nordex hat einen Großauftrag aus Mexiko erhalten. Wie das Unternehmen mitteilte, wird es 42 Turbinen mit einer Nennleistung von insgesamt 138 MW für einen Windpark im Nordosten Mexikos liefern. Der Auftrag beinhaltet einen Service-Vertrag mit einer Laufzeit von zwei Jahren.

INFORMATIONSTECHNOLOGIE

Akquisitionsbelastungen drücken bei Salesforce aufs Ergebnis

SAN FRANCISCO (Dow Jones)--Der Abschluss seiner bis dato größten Akquisition hat dem SAP-Konkurrenten Salesforce im dritten Quartal einen Verlust beschert. Der Umsatz stieg unterdessen auf ein Rekordniveau, während der Ausblick auf das Schlussquartal enttäuschte.

Der US-Anbieter von Unternehmenssoftware erzielte in den drei Monaten per Ende Oktober einen Nettoverlust von 109 Mio US-Dollar nach einem Gewinn von 105 Mio im Vorjahreszeitraum. Im August hat Salesforce die Akquisition von Tableau Software, einer Datenanalyse-Plattform, für mehr als 15 Mrd US-Dollar in Aktien abgeschlossen. Belastungen in diesem Zusammenhang drückten auf das Ergebnis.

ZUM AUSKLANG:

„Jeder von uns braucht den Ansporn der Unsicherheit, damit wir gezwungen sind unser Bestes zu tun“
Harold W. Dodds, Princeton University